

**Postulat mit Antrag auf Dringlichkeit**

vom 8. Mai 2026 betreffend Schliessung des Bundesasylzentrums in Brugg

---

**Antrag:**

Der Stadtrat wird beauftragt, im Rahmen seiner rechtlichen und politischen Möglichkeiten sämtliche Massnahmen zu ergreifen, um eine Verlängerung des Betriebs des Bundesasylzentrums (BAZ) in Brugg über den aktuell vereinbarten Zeitraum hinaus zu verhindern.

**Begründung:**

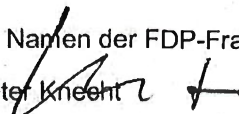
Das Postulat ist für dringlich zu erklären, um zu verhindern, dass der Einwohnerrat und die Bevölkerung vor vollendete Tatsachen gestellt werden, da die Entscheide betreffend das Bundesasylzentrum derzeit hängig sind.

Das Bundesasylzentrum in Brugg wurde ursprünglich als temporäre Lösung konzipiert. Die Akzeptanz in der Bevölkerung, die Zunahme von problematischen Entwicklungen (Kriminalität, Drogenhandel, Gewalt etc.) sowie die Belastung der kommunalen Infrastruktur und der Sicherheitsorgane sind an einem Punkt angelangt, der eine weitere Verlängerung nicht mehr zulässt. Die Bevölkerung hat sich in einer am 5. August 2025 lancierten Petition in Rekordtempo gegen eine Verlängerung des Bundesasylzentrums ausgesprochen.

Die Stadt Brugg hat ihren solidarischen Beitrag zur Unterbringung von Asylsuchenden über Jahre hinweg geleistet. Eine über die Befristung hinausgehende Nutzung hätten negative Auswirkungen auf das Zusammenleben in der Stadt und würde das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Zusagen der Behörden (Befristung als Bedingung für die Eröffnung) erschüttern. Der Stadtrat muss sich nun endlich und mit Nachdruck für die Einhaltung des Enddatums einsetzen.

Brugg, 8. Mai 2026

Im Namen der FDP-Fraktion

Peter Knecht 

Fraktionspräsident FDP Brugg